



Stadt Zossen



Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Bau, Bauleitplanung, Wirtschaft, Energie und Umwelt

Sitzungstermin:	Mittwoch, 04.03.2026
Sitzungsbeginn:	19:03 Uhr
Sitzungsende:	22:00 Uhr
Ort, Raum:	Kulturforum Dabendorf, Zum Königsgraben 8, 15806 Zossen

Ausschussvorsitz

Rene Just

Ordentliches Mitglied - Ausschuss

Fritz Hille

Torsten Kniesigk

Carsten Preuß

abwesend

Sven Reimer

Michaela Schreiber

Vertretung für:
Matthias Wilke

Matthias Wilke

entschuldigt

Sachkundige Einwohner

Dieter Jungbluth

Matthias Kohs

Jens Pohl

Alfred Wolfermann

abwesend

Bürgermeisterin

Robert Gottlick

Vertretung für:
Wiebke Şahin-
Connolly

Wiebke Şahin-Connolly

entschuldigt

Wirtschaftsförderung

Dirk Kommer

Amtsleiter(in) Bauamt

Kerstin Widera

Pressesprecher

Sabine Leifeld

Protokollant(in)

Eva Briesenick

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden
- 2 Feststellung der digital zugeschalteten Ausschussmitglieder
- 3 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 4 Feststellung der Tagesordnung
- 5 Bericht aus der Verwaltung
- 6 Einwohnerfragestunde
- 7 Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder
- 8 Beratung von Beschlussvorlagen
- 8.1 Städtebaulicher Vertrag (Durchführungsvertrag) zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Wohngebiet Machnower Chaussee" der Stadt Zossen 021/26
- 8.2 Abwägungsbeschluss über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Wohngebiet Machnower Chaussee" in der Stadt Zossen 022/26
- 8.3 Satzungsbeschluss über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Wohngebiet Machnower Chaussee" in der Stadt Zossen 023/26
- 8.4 Befreiung von der Gestaltungssatzung für das Sanierungsgebiet "Innenstadt Zossen" für das Flurstück 139, Flur 11, Gemarkung Zossen 024/26
- 8.5 Beschluss der Kommunalen Wärmeplanung der Stadt Zossen 028/26
- 8.6 Antrag der Fraktion AfD vom 15.02.2026 eingegangen bei der Stadt Zossen am 17.02.2026 zu den Kitaschließungen 019/26
- 9 Schließung der öffentlichen Sitzung

Niederschrift

Öffentlicher Teil

1 **Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden**

Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Just, um 19:03 Uhr eröffnet.

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

2 **Feststellung der digital zugeschalteten Ausschussmitglieder**

Es nehmen folgende Ausschussmitglieder digital an der Sitzung teil:

Herr Reimer

3 **Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Herr Just stellt fest, dass von den 6 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern 5 anwesend sind. Die Sitzung ist damit beschlussfähig.

4 **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Gottlick:

Die Verwaltung bittet die Fraktion AfD den gestellten Antrag von der Tagesordnung zu nehmen. Derzeit befinden wir uns in den Elterngesprächen. Erst, wenn die Kitaausschüsse getagt haben, werden wir entsprechende Arbeiten voranbringen.

Herr Kohs:

Wir lassen es drauf.

5 **Bericht aus der Verwaltung**

Die anwesenden Ausschussmitglieder erhalten den Bericht aus der Verwaltung in schriftlicher Form. Dieser wird kurz für die anwesenden Einwohner erörtert und dem Urprotokoll beigelegt. Er umfasst folgende Punkte:

- I. Hochbau
 1. Kallinchen, Strandbad
 2. Wünsdorf, Containeranlage Oberschule
 3. Zossen, Kita Bummi
 4. Zossen, Sporthalle Goethestraße
 5. Glienicke, Hort Abenteuerland
 6. Wünsdorf, Burgberg
 - II. Tiefbau
 1. Regenwasser
 - III. Bauleitplanung
-

6 **Einwohnerfragestunde**

Online Frage:

Das Wohngebiet AWG/Sonnengärten ist nur über die Friedenstraße/Mellenseestraße erreichbar.

Nach Aussagen von Anliegern wurde an den Straßen "nie etwas gemacht". Wann erfolgt eine Sanierung der Friedenstraße/Mellenseestraße in Wünsdorf? Dafür sollten Mittel aus dem Sondervermögen verwendet werden können? Jeder Unfall dort blockiert die Zufahrt zum gesamten Siedlungsgebiet. Wie stellt sich der Präventivrat zu der Problematik?

Frau Widera:

Eine komplette Sanierung ist nicht geplant. Die Winterschäden sind im gesamten Stadtgebiet nicht unerheblich. Je nachdem wie schlimm die Löcher sind, werden wir Ausbesserungsarbeiten machen.

Herr Just:

Können Mittel aus dem Sondervermögen genutzt werden?

Frau Widera:

Die Sondermittel sind dafür nicht vorgesehen.

Bürgerin 1:

Welche baulichen Mängel wurden an der Kita Aponi festgestellt? Das Dach soll laut der Bürgermeisterin 80.000 € kosten. Gibt es dazu ein Gutachten, was diese Zahlen belegen können?

Herr Gottlick:

Es ist eine grobe Schätzung der Verwaltung.

Bürgerin 1:

Welche Schäden hat die Kita?

Herr Gottlick:

Keine Einrichtung ist ein Neubau. Es sind diverse Sachen, die bemängelt werden. Ich habe heute keine Mängelliste dabei.

7 Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder

Herr Kaehlert:

Sie haben ein Rederecht generiert, für diejenigen die nicht im Ausschuss und Fraktionslos sind. Wird das heute umgesetzt?

Herr Just:

Ja, so werde ich das handhaben.

Herr Kaehlert:

Ich hatte Akteneinsicht über ein Spielgerät in der Goethegrundschule. Ich bitte um eine schlüssige Protokollierung für die Spielgeräte. Es wurden Unregelmäßigkeiten festgestellt. Gibt es durch die Solaranlage auf der Goethegrundschule Beschädigungen am Dach und ist diese funktionsfähig?

Herr Gottlick:

Ich habe heute keine Antwort. Nehme ich mit und nein es gab im Ablauf keine Unregelmäßigkeiten.

Herr Reimer:

Bekommen wir die Winterschäden aufgelistet? Könnten wir eine Aufstellung bekommen, wie die Differenzen in den Kitaeinrichtungen zu den heutigen Bestimmungen auszusehen hat?

Frau Widera:
Das mache ich.

Frau Reglin:
Letztes Jahr hieß es, dass die Fördermittel für den Mehrgenerationspark genehmigt sind. Wann beginnen wir zu bauen?

Frau Widera:
Die Haushaltsmittel wurden eingestellt. Im April/Mai ist vorgesehen dort anzufangen.

Frau Schreiber:
Es wurde mitgeteilt, dass massive Bauschäden in den Einrichtungen vorhanden sind und viel Geld investiert werden muss. Deshalb sollen die Kitas geschlossen werden. Ich hätte gerne für Schünow, Nächst Neuendorf und Dabendorf die Liste der Baumängel mit einer Kostenschätzung. Warum ist die Bürgermeisterin heute nicht anwesend? Wie hoch sind die Kosten für die Container in der Oberschule Wünsdorf? Sie sollten erstmal nicht in die Offenlage gehen, wenn beim B-Plan Schünow, Weg nach Mellensee der Geltungsbereich geändert wurde und uns das Vorlegen lassen. Ich habe im November den Tagesordnungspunkt: „Information zum Bahnhofsumfeld Dabendorf hinsichtlich des Schreibens des Landesbüros der anerkannten Naturschutzverbände vom 02.04.2024“ beantragt.

Zu Protokoll:

Ich beantrage diesen Tagesordnungspunkt für die nächste Bauausschusssitzung. Das heißt, dass ist die im März. Genauso hatte ich beantragt, dass über den Wettbewerb Bahnhof Wünsdorf gesprochen wird. Dieser war nicht auf der Tagesordnung. Wenn die Verwaltung es im März nicht auf die Tagesordnung setzt, steht mein Antrag. Der muss dann auf die Tagesordnung. Ich beantrage auch den Tagesordnungspunkt Information und Beratung zur Situation zur Erschließung des Neubaugebietes in Nächst Neuendorf. Ich bitte den Vorsitzenden zu überlegen, ob wir uns um 18.15 Uhr draußen treffen und eine Ortsbesichtigung machen oder, ob jeder selbst aufgefordert wird, sich das selbst anzuschauen.

Frau Widera:
Der Weg nach Mellensee ist geplant einzubringen. Mein Kollege hat sich vertan, dass es schon offengelegt wird. Es wird ein Beschluss dazu geben.

Frau Schreiber:
Den Baukörper können Sie auch nicht einfach ändern.

Frau Widera:
Wir sind noch im Vorentwurf. Die Entwurfsfassung ist noch nicht vorhanden. Bei dem Beschluss zur Aufstellung haben wir beschlossen, dass der Vorentwurf in die Offenlage und in die Beteiligung kommt. Der Entwurf wird dann wieder hier vorgestellt.

Frau Schreiber:
Ist der Baukörper in den Rasenplatz geschoben?

Frau Widera:
Nein, natürlich nicht.

Herr Jungbluth:
Gibt es zum Sondervermögen eine Aufstellung?

Herr Just:
Was kann die Kommune in welcher Form und von wem bekommen?

Herr Gottlick:

Wir bereiten zum nächsten Bauausschuss eine Vorlage vor.

Herr Jungbluth:

Warum bezahlt die Stadt die Container der Schule und nicht der Kreis?

Frau Widera:

Die Kosten werden dem Landkreis in Rechnung gestellt.

Herr Jungbluth:

Ich schlage vor, dass der Ortsbeirat zum B-Plan NeuhoF die in der Ortsbeiratssitzung besprochenen Punkte hier im Ausschuss noch einmal vorträgt – ebenso wie die geplante Neubebauung am Bahnhof Wünsdorf. Kann so etwas organisiert werden?

Herr Just:

Gibt es große Probleme müssen wir es machen, aufgrund der SVV. Ansonsten wird auch das Abstimmungsverhältnis des Ortsbeirates in der SVV dargestellt.

Herr Jungbluth:

Ein großes Problem ist, ob eine Einbahnstraße oder eine Erschließungsstraße gemacht wird oder nicht.

Herr Hille:

Was passiert mit dem jetzigen Parkplatz an der Oberschule, der dann verschwindet, wo dann die Autos parken können von den Gästen des Strandbades? Im vergangenen Jahr sollten entlang des Zaunes die vorhandenen Parkplätze wieder instandgesetzt werden. Passiert das dieses Jahr? Wer hat die Umgestaltung der Volleyballanlage gemacht? In der Friedenstraße fehlt auf beiden Seiten ein Gehweg, sodass zumindest auf einer Seite ein Fußgängerweg notwendig wäre. In der Mellenseestraße wurden einige Schlaglöcher vom Straßendienst beseitigt, jedoch sind noch viele vorhanden die der Stadt gehören. Ist es möglich, dass die Stadt oder ich selbst die Löcher beseitigen, da die Straße kaum noch befahrbar ist?

Frau Widera:

Das sind 4 Container, also 4 Klassenräume. Es ist eine Erweiterung für die bestehende Oberschule. Ich kann heute nicht genau sagen, wie viele Stellplätze wegfallen, aber es dürften etwa 30 sein.

Herr Hille:

Können wir das gemeinsam besichtigen?

Frau Widera:

Ja, gerne.

Frau Widera:

Wer die Umgestaltung der Volleyballanlage vorgenommen hat, kann ich nicht sagen. Ein Gehweg in der Haushaltslage zu bauen, halte ich für unrealistisch.

Herr Hille:

Bringt uns Split, wir machen das selbst. In der Mellenseestraße wurden auch von uns die Löcher zugemacht.

Frau Widera:

Sagen Sie Bescheid, wo Sie es hinhaben möchten.

Herr Just:

Es kann nicht alles gleichzeitig gemacht werden.

Herr Hille:

Die Stadt spricht entlang der Seestraße, gegenüber vom Friseur Parkverbote aus, wo Bürger schon seit 50/60 Jahren ihre Autos vorm Haus parken. Wer schickt dort einen Ordnungsamtsmitarbeiter vorbei?

Herr Kommer:

Ich nehme das mit ins Ordnungsamt. Die Bereiche an der Straße werden oft vereinnahmt.

Herr Kohs:

Vielleicht kann das Sondervermögen im nächsten FSB vorgestellt werden.

Herr Reimer:

Geschäftsordnungsantrag:

Bitte die Geschäftsordnung einhalten, sodass die Eltern noch ihre Fragen stellen können.

8 Beratung von Beschlussvorlagen

8.1 Städtebaulicher Vertrag (Durchführungsvertrag) zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Wohngebiet Machnower Chaussee" der Stadt Zossen 021/26

Herr Kommer stellt den anwesenden Ausschussmitgliedern und Einwohnern die Beschlussvorlage vor.

Herr Just:

Der Vertrag soll nicht öffentlich behandelt werden, somit können wir öffentlich nicht über den Inhalt diskutieren.

Frau Schreiber:

Ich halte es nicht für korrekt, dass wir etwas voten, was im nichtöffentlichen Teil diskutiert werden müsste. Von wie vielen möglichen Wohngrundstücken haben Sie gesprochen?

Herr Kommer:

Es handelt sich nicht um Grundstücke, sondern um Mehrfamilienhäuser mit insgesamt 32 Wohnungen, die ca. für 2 Personen ausgelegt sind.

Frau Schreiber:

Im Satzungsbeschluss steht, dass 8 Gebäude entstehen könnten. Diese können 3-geschossig werden. Ich halte das für nicht passend. Wo ist der Investor, um die Fragen zu beantworten?

Herr Just:

Er ist nicht anwesend. Die Abwägung liegt vor.

Frau Schreiber:

Bei dem Offenlagebeschluss wurde mir mitgeteilt, dass es nicht thematisiert werden muss.

Herr Kaehlert:

In einer Sitzung war der Investor anwesend. Es wurde nicht nur über die Geschossflächenzahl gesprochen, sondern auch um die Lärmschutzwand von 5m. Diese sollte auch angepasst werden, da sie nicht ins Gefüge passt. Das war eine Änderung in der Beschlussvorlage. Der Investor hat bei diesen Vorschlägen zugestimmt.

Herr Just:

Dann müssten wir es so beschlossen haben. Der Offenlagebeschluss von damals muss noch verfügbar sein. Sollte der städtebauliche Vertrag gevotet werden, dann gilt der Satzungsbeschluss nicht.

Herr Kaehlert:

Es baut aufeinander auf. Wenn jetzt noch grundlegende, ungeklärte Fragen bestehen und man diesen vorgreift, indem sie nur mündlich diskutiert werden, ist es problematisch, sich schon weiter inhaltlich festzulegen. Fraglich ist, ob der geplante Satzungsbeschluss in seiner jetzigen Form überhaupt Bestand haben kann.

Frau Schreiber:

Der städtebauliche Vertrag ist vor dem Satzungsbeschluss abzuschließen.

Herr Just:

Wir voten nur und stimmen nicht ab. Wir können abstimmen unter der Bedingung, dass wir den Satzungsbeschluss so fassen, wie er vorliegt. Wird er anders gefasst, hat es möglicherweise Auswirkungen auf den Vertrag.

Herr Reimer:

Ich muss um 20:15 Uhr die Sitzung verlassen. Herr Njamasch wird mich vertreten.

Beschluss:

Der Hauptausschuss der Stadt Zossen beschließt:

den städtebaulichen Vertrag über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Wohngebiet Machnower Chaussee" in der vorliegenden Form und ermächtigt die Hauptverwaltungsbeamtin ihn zu unterzeichnen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
2	2	1

8.2 Abwägungsbeschluss über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Wohngebiet Machnower Chaussee" in 022/26 der Stadt Zossen

Herr Just:

Wir haben gebeten, dass die Verwaltung klären soll, ob in der Offenlage der Wechsel von drei auf zwei Geschosse beschlossen wurde.

Herr Kaehlert:

Die Höhe und das Design der Lärmschutzwand sollte auch angepasst werden und sich ins Grundstücksgefüge einpassen.

Herr Just:

Auch im Offenlagebeschluss?

Herr Kaehlert:

Ja.

Herr Just:

Besteht die Mehrheit darauf, dass die Lärmschutzwand kleiner als 5m sein soll und, dass von drei auf zwei- geschossig gegangen werden soll, dann müssen wir das in dem Punkt zwei mit aufführen.

Frau Widera:

Für die Schallschutzmaßnahmen gab es ein Gutachten. Dafür ist ein Wall entstanden. Das Gutachten ist in der Abwägung und in dem B-Plan mit eingeflossen.

Frau Schreiber:

Es ist doch eine Wand und ein Wall.

Frau Widera:

Das ist das Ergebnis des Gutachtens.

Frau Schreiber:

Das lag beim letzten Mal bereits vor, dort wurde festgelegt, dass es nicht so bleiben soll. Der Investor wollte das ändern.

Herr Just:

Dann muss es drinstehen. Es könnte gesagt werden laut Protokoll gemäß Beschlussituation aus dem Offenlagebeschluss. Die vorliegenden Abwägungsvorschläge werden mit dem laut Protokoll aufgeführten Änderungen übernommen.

Änderungen laut Protokoll:

Wir übernehmen den Beschlusstext aus der Offenlage und die laut Beschlusstext inhaltliche Anpassungen.

Abstimmung: 3/2/0

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1. die vorliegenden Abwägungsvorschläge werden mit dem laut Protokoll aufgeführten Änderungen übernommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
3	2	0

8.3 Satzungsbeschluss über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Wohngebiet Machnower Chaussee" in 023/26 der Stadt Zossen

Herr Just:

Können wir den Satzungsbeschluss positiv voten, solange wir nicht wissen, was im Offenlagebeschluss inhaltlich von uns verändert werden soll?

Frau Widera:

Wir lassen den ändern und legen den neu vor.

Herr Just:

Wir können den Satzungsbeschluss nicht positiv voten.

Herr Kommer:
Wir ziehen den Beschluss zurück.

8.4 Befreiung von der Gestaltungssatzung für das Sanierungsgebiet "Innenstadt Zossen" für das Flurstück 139, Flur 11, Gemarkung Zossen **024/26**

Herr Kommer stellt den anwesenden Ausschussmitgliedern und Einwohnern die Beschlussvorlage vor.

Herr Reimer:
Es ist nicht einsehbar von der B96. Wir suchen nach Möglichkeiten, dass in der Innenstadt auch ermöglichen werden kann.

Frau Schreiber liest die Beschlussvorlage vor.
Wir befreien das E-Werk von sämtlichen Vorschriften der Gestaltungssatzung. Die Beschlussvorlage ist nicht konkret genug. Es muss drin stehen von welchem Paragraphen und welcher Nummer befreit wird. Es fehlt, wie groß der Teil der Befreiung ist und auf welchen Dachflächen die Solaranlagen kommen.

Herr Kommer:
In der Begründung ist der Paragraph aufgelistet. Ich schlage vor, den Beschlusstext so anzupassen, dass eine Befreiung von der Gestaltungssatzung für das Sanierungsgebiet Innenstadt Zossen, § 6 Abs. 4 für das betreffende Flurstück festgelegt wird.

Frau Schreiber:
Die Quadratmeter und die Dachflächen fehlen noch.

Herr Kommer:
Wir können das entsprechend der Visualisierung beschließen.

Frau Schreiber:
Sie müssen eine 01 draus machen und neu formulieren.

Herr Just:
Wir könnten das zurücknehmen und neu formulieren lassen. Die Verwaltung kann den Paragraphen, die Quadratmeterzahl und die Dächer eindeutig benennen.

Frau Schreiber:
Und uns mit der Einladung zur SVV die 01 mit diesen Angaben vorlegen.

Herr Just:
Ja.

Abstimmung mit Änderung:
Paragraphen, die Quadratmeterzahl und die Dächer werden eindeutig benannt.
5/0/0

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

die Befreiung von der Gestaltungssatzung für das Sanierungsgebiet "Innenstadt Zossen" für das Flurstück 139, Flur 11 in der Gemarkung Zossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
5	0	0

8.5 **Beschluss der Kommunalen Wärmeplanung der Stadt Zossen** 028/26

Herr Heilmann (Planer) und Herr Kommer stellen die Beschlussvorlage den anwesenden Einwohnern und Ausschussmitgliedern vor.

Frau Schreiber:

Der Rückbau und die Stilllegung der Gasnetze ist ein Problem. Es gab eine Änderung der Formulierung. Wir sind komplett bis auf den Ortsteil Nunsdorf ans Gasnetz angeschlossen.

Die Bundesregierung möchte weg von der Wärmepumpe, hin zur Ertüchtigung der Gasnetze für grünes Gas. Die Versorger bekommen den Auftrag ihre Netze zu halten und den Anteil des grünen Gases bis 2045 zu erhöhen. Mein Antrag ist, die kommunale Wärmeplanung nicht zu verabschieden, sondern zu überarbeiten nach den neuen bundesgesetzlichen Vorgaben.

Herr Kommer:

Das Kriterium ist auch die Wirtschaftlichkeit für den Endverbraucher. Man geht davon aus, dass in dezentralen Versorgungsgebieten immer mehr Menschen mit Einfamilienhäusern Wärmepumpen nutzen und nicht mehr das Gasnetz. Dadurch werden die Gebühren teurer für die Netzinstandhaltung auf die verbleibenden Nutzer. Die Fachplaner gehen davon aus, dass Biomethan als Alternative für das Gasnetz teurer wird, weil es auch in anderen Bereichen wie Luft- und Schifffahrt benötigt wird, um dort die Klimabilanz zu verbessern. Dadurch steigt die Konkurrenz um diese Ressource und damit auch der Preis.

Herr Jungbluth:

Die Wärmepumpe wird auch elektrisch betrieben und der CO₂ Abdruck wird auch auf Elektrostrom umgelegt. Wir sollten uns nicht durch die Bundesregierung verunsichern lassen und abwarten was beschlossen wird.

Herr Reimer:

Die anderen versuchen zu reden und kommen nicht durch.

Herr Heilmann:

Wir haben einen Überblick gegeben über die aktuelle Wärmeversorgung in Zossen. Es wurde ein Zielszenario aufgezeigt, wie in der Stadt die Treibhausneutralität bis 2045 erreicht werden kann. Im Großteil der Gebiete ist eine dezentrale Versorgung die bessere Lösung. Im Gebäudemodernisierungsgesetz steht, dass die 65% Regel aus dem Energiegesetz gestrichen werden soll. Es soll eine Biotreppe eingeführt werden. Ab 2029 müssen neu eingebaute Gas- und Ölheizungen mindestens zehn Prozent ihres Verbrauchs aus grünen Gasen decken. Zusätzlich soll eine Grüngasquote eingeführt werden. Die Förderung für effiziente Gebäude und Wärmenetze sollen erstmal unberührt bleiben bzw. aufgestockt werden. Grundsätzlich ändert sich nichts an der Empfehlung der Kommunalen Wärmeplanung. Gas wird langfristig nicht konkurrenzfähig bleiben. Der Gaspreis wird steigen. Biomethan wird sehr teuer sein.

Herr Njammasch:

Wir sollten versuchen Alternativlösungen zu finden. Die Wärmeplanung sollte zugestimmt werden.

Frau Schreiber:

Die Luftwärmepumpe benötigt für die Betreibung Strom. Mit der Änderung der Vorgabe auf Bundesebene, dass Gas weiterhin genutzt werden soll, wäre eine größere BHKW-Lösung möglich. Durch ein gasbetriebenes Blockheizkraftwerk kann Wärme produziert werden und es gäbe es die Möglichkeit günstigen Strom auf Basis von Gas anzubieten. Es steht jedem Einfamilienhauseigentümer frei nicht mehr eine Wärmepumpe einzubauen, sondern er könnte auch eine Gasheizung einbauen. Existieren Prognosen, die davon ausgehen, dass der Anteil von Gasheizungen im ländlichen Bereich bis 2045 auf null zurückgeht?“

Herr Heilmann:

Die Wärmepumpe hat eine bessere Effizienz. Am Ende ist es eine Kostenfrage. Bei der Luftwärmepumpe haben wir höhere Investitionskosten, aber durch die höhere Effizienz ist die Wärmepumpe langfristig die kostengünstigere Lösung. Die Wärmeplanung schreibt keine Heizsysteme vor. Es dürfen auch noch Gas- und Ölheizungen eingebaut werden, allerdings denken wir, dass es langfristig teurer sein wird.

Herr Just:

Wir sollten überlegen, ob wir alles umsonst gemacht haben. Wer ist für die Kontrolle der Maßnahmen zuständig, wenn wir beschließen? Übernimmt das der Klimamanager?

Herr Kommer:

Wir haben drei Ausschreibungen gemacht. Es hat sich nur jemand bei der letzten beworben. Dieser wurde eingestellt, hat dann jedoch selbst gekündigt.

Herr Just:

Am Ende ist niemand da, der die Aufgabe übernimmt.

Herr Kommer:

Das ist richtig. Eine Kollegin hat die Betreuung der Kommunalen Wärmeplanung mit dem Fachbüro gemanagt.

Frau Schreiber zitiert aus dem Maßnahmenblatt WN8 – Wärmenetze bei künftigen Neubaugebieten. Wie passiert dort die Beheizung? Machen wir bei neuen B-Plänen Vorgaben, wie Wärmeversorgung dort passiert?

Herr Heilmann:

Das bezieht sich auf mögliche Wärmenetze in Neubaugebieten. Es ist deutlich günstiger ein Wärmenetz zu verlegen. Die Schwellwerte und Vorgaben können eingeführt werden. Die Erfolgsindikatoren können sie noch weiter ausführen.

Herr Kohs:

Ich bin enttäuscht. Sie gehen auf den Wechsel in der Politik nicht ein? Es scheint so, dass Sie ein Ziel verfolgen möchten und die Stadt Zossen nebensächlich ist.

Herr Harke (Planer):

Es ist noch nichts beschlossen. Brennstoff ist davon abhängig, dass er auf Flächen angebaut wird. Dadurch rechnen wir mit erhöhten Preisen in der Zukunft. Politische Rahmenbedingungen ändern sich. Was für die Bürger die sozialverträglichsten Preise ergibt, sehen wir keine Änderung. Die Wärmepreise hängen von den Preisentwicklungen ab.

Herr Kohs:

Wenn die CO2 Bepreisung aus politischen Gründen zusammenfällt, fällt das System

dann auch zusammen?

Herr Harke (Planer):

Die CO2 Bepreisung für den Anstieg des Erdgaspreises wurde berücksichtigt. Wir sehen eine deutliche Preisentwicklung zu stark steigenden Preisen.

Herr Jungbluth:

Die politische Lage ändert sich. Wir sollten das als Grundlage nehmen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

- Den in der Anlage angefügten Abschlussbericht der Kommunalen Wärmeplanung für die Stadt Zossen (Stand 20. Februar 2026).
- Die Beauftragung der Verwaltung, die in ihrer Zuständigkeit liegenden Maßnahmen in das Klimaschutzkonzept aufzunehmen und notwendige Schritte zur Umsetzung voranzutreiben.
- Die Berücksichtigung der Ziele des Wärmeplans bei allen planerischen und infrastrukturellen Aktivitäten, Verfahren und Baumaßnahmen.
- Die Veröffentlichung des Wärmeplans auf der Stadtwebsite.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
2	2	1

8.6 Antrag der Fraktion AfD vom 15.02.2026 eingegangen bei der Stadt Zossen am 17.02.2026 zu den Kitaschließungen 019/26

Herr Hille stellt einen Änderungsantrag vor.

Herr Just:

Gelten Zahlen aus der Bedarfsplanung für Baugebiete als Fünfjahresplan?

Herr Gottlick:

Wenn wir die Planung bekommen, lässt sich daraus ableiten, welche Bevölkerungsentwicklung wir in dem neu zu schaffenden Gebiet haben. Es ist schlecht abzuschätzen, wenn kein Investor vorhanden ist.

Frau Reglin:

Das kann abgeschätzt werden, wie dort die Entwicklung ist.

Herr Just:

Es sind jetzt weniger Kinder als geplant.

Frau Widera:

Das kann anhand der Wohngebiete berechnet werden, wie viele Kinder eventuell kommen.

Herr Just:

Andere Abgeordnete haben diese Forderung bereits vor vier bis fünf Jahren gestellt, weshalb in Zossen viele Kitas gebaut wurden, da der Bedarf durch zahlreiche

Baugebiete absehbar war.

Frau Schreiber:

Seit mehreren Jahren wird gefordert, die Kitabedarfsprognose vorzulegen. Diese gab es nicht. Bis 2019 wurde aufgeschlüsselt welche Kita- und Hortplätze in den nächsten 5 Jahren erforderlich wäre. 2020 habe ich es gefordert. Vom Landkreis wird eine Kitabedarfsprognose abgefordert. Wir möchten die Verträge der Kitas Schloss und der Waldstadt Kita mit privaten Investoren prüfen lassen. Ich bitte zu prüfen, wie man aus solchen Verträgen wieder rauskommt.

Herr Just:

Wir befinden uns im Bauausschuss. Es geht um bauliche Fragen.

Herr Reimer:

Am 23.03.2018 gab es einen Beschluss in der SVV zur Schließung der beiden Kitas. Es geht auch um die Sicherheit und Hygiene der Kinder. Es ist nicht ehrlich zu sagen, dass dort die besten Bedingungen sind. 2018 wurden bereits Anträge zur Weiterbetreibung gestellt.

Geschäftsordnungsantrag Frau Schreiber:

Beantrage, dass die anwesenden Eltern zu diesem Punkt Rederecht erhalten.

Herr Njammasch:

Ich kenne von der AfD unterschiedliche Meinungen. Mich wundert der Antrag. Die Mängel sind gravierend.

Herr Just:

Ich begrenze das Rederecht der Eltern auf insgesamt 10 Minuten.

Abstimmung Geschäftsordnungsantrag Frau Schreiber: 5/0/0

Bürgerin 1:

Wir sind aus der Kita Aponi und Bienennest. Was bauliche Substanzen anbelangt, konnten viele Fragen in der Informationsveranstaltung nicht beantwortet werden. Ursprünglich war nur von einer notwendigen Dachsanierung die Rede, nicht dass die Betriebserlaubnis gefährdet sei. Es wurden viele Lösungsvorschläge erarbeitet, die auch Einsparungen ermöglichen könnten. Aus baulicher sehen wir das noch attraktiv für die Kinder.

Frau Pankrath:

Als Ortsvorsteherin wurde mir untersagt an der Informationsveranstaltung teilzunehmen. Es wurden viele Aussagen gemacht, die weder nachvollziehbar noch überprüfbar sind. Sinnvoll ist es, den Antrag zurückzuziehen bis wir Fakten haben. Die Eltern wurden im Vorfeld nicht mit einbezogen. nicht frühzeitig einbezogen. Dass die Kinder bereits ab November anderweitig betreut werden müssen, ist problematisch. Es ist eine Entscheidung der Eltern.

Herr Just:

Das kann die Verwaltung mitnehmen, dass ein Defizit an Argumentation vorliegt. Bei der Schließung werden vermutlich nicht nur bauliche Gründe vorliegen.

Bürger 2:

Wir fühlen uns massiv unter Druck gesetzt. Die Eltern werden vor vollendete Tatsachen gestellt und die Sachverhalte werden nicht ordentlich und bedacht abgewogen.

Herr Just:

Es sind keine Wortmeldungen der Eltern mehr zu sehen. Wir sind wieder in der Beratung der Beschlussvorlage.

Frau Reglin:

Derzeit sind ausreichend Kitaplätze vorhanden. Es könnte sogar ein Überangebot entstehen. Mein Vorschlag ist, die neue Kneipp- Kita in der Waldstadt möglicherweise als Hort zu nutzen. Die Mannschaftshäuser sind noch nicht entkernt. Das Überangebot der Kitaplätze könnte gelöst werden. Des Weiteren könnten auch Einsparungen bei den Baukosten gemacht werden. Darüber sollte gesprochen werden. Ich wollte keinen Antrag daraus machen.

Herr Just:

Machen Sie es doch.

Frau Reglin:

Mir ist es egal, welche Fraktion diesen Antrag einbringt. Es sollte eine Lösung gefunden werden.

Herr Just:

Die Datenlage zu Kitaplätzen ist zu unklar und muss verbessert werden. Was kann gemacht werden, sollte es einen Überhang an Plätzen geben? Das ist Aufgabe der Verwaltung. Ist das Ziel der Anregung erreicht oder soll der Änderungsantrag abgestimmt werden?

Herr Kohs:

Ja, das möchten wir. Wir möchten, dass die Verwaltung tätig wird und eine Planung macht. So lange wird keine Kita geschlossen. Die CDU- Fraktion ist auf den geänderten Antrag gar nicht eingegangen. Sie sind nur auf die baulichen Mängel eingegangen. Das ist nicht Bestandteil unseres Antrages.

Herr Jungbluth:

Einrichtungen müssen kompatibel gebaut werden. Neue Bauprojekte müssen so geplant werden, dass sie später flexibel für Hort oder Senioren altersgerecht genutzt werden können.

Frau Schreiber:

In Punkt 3 im Antrag heißt es, dass vor Abschluss der Prognosen keine unumkehrbaren organisatorischen Maßnahmen im Zusammenhang mit Kitaschließungen umgesetzt werden. Damit werden vor Abschluss keine weiteren Versuche unternommen, dass Kinder umgemeldet werden im Vorfeld einer möglichen Schließung. Können Sie das noch ergänzen?

Herr Hille:

Ja, können wir ergänzen.

Herr Kaehlert:

Ich habe vor Ort festgestellt, dass die Kitas baulich nicht mehr nutzbar sind. Ich bin froh, dass die Kinder in eine andere Kita kommen. Es hätte zeitig angekündigt werden können, dass es keinen Widerspruch gibt. Aufgrund der Haushaltssperre ist eine Sanierung und Fortführung der Kita Bienennest derzeit nicht erlaubt.

Frau Schreiber:

Das stimmt nicht.

Herr Kaehlert:

Ich argumentiere auf meinen Sachstand. Die Kita Aponi ist mir nicht präsent gewesen. Ich denke, dass Haushaltssperre hat, bewusst dazu geführt, dass keine

Maßnahmen zur Weiterführung der Kita möglich seien. Die Zahlen sind erforderlich, um den Bedarf zu klären.

Herr Njammasch:

Die aktuelle Situation im Vergleich zu früheren Jahren ist ein „Luxus“ an Kitaplätzen. Es gab Platzmangel und Beschwerden der Eltern. Es kann nicht nur die Stadt Zossen das Problem haben. Den Werdegang für die Abwägung finde ich gut.

Frau Schreiber redet dazwischen.

Herr Hille:

Es finden soziale und organisatorische Auswirkungen für Familien statt. Das ist nicht wirtschaftlich. Eltern müssen längere Wege in Kauf nehmen, ihre Arbeits- und Familienplanung anpassen, und ältere Angehörige können Kinder nicht mehr wie gewohnt bringen und abholen.

Abstimmung Änderungsantrag: 2/3/0

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen möge beschließen:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine nachvollziehbare und belastbare Bedarfs- und Belegungsprognose für sämtliche Kindertagesstätten im Stadtgebiet für die kommenden fünf Jahre vorzulegen.*
- 2. Diese Prognose ist der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung vorzulegen.*
- 3. Vor Abschluss dieser Beratung werden keine unumkehrbaren organisatorischen Maßnahmen im Zusammenhang mit möglichen Kita-Schließungen umgesetzt*

Abstimmungsergebnis Änderungsantrag:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
2	3	0

9 Schließung der öffentlichen Sitzung

Herr Just schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:36 Uhr.

Rene Just
Vorsitz

Eva Briesenick
Protokoll